

Der Abschiedsbefehl des republikanischen Generals

Der österreichische Heeresinspektor General Theodor Körner, dem der Giftlich-Logale Besondere Waigois aus dem Reichsamt vorgelegt hat, weil er nach dem Urteil der Wiener Arbeiterzeitung seine mannhaft republikanische Gesinnung fürchtet, hat sich von den ihm unterstellten Kommandos mit einem Befehl verabschiedet, in dem es heißt:

Ich scheide schweren Herzens, denn ich hatte gehofft und die Kraft zugebracht, meine Kenntnisse und Fähigkeiten in den Erfahrungen aus den bitteren Kriegsjahren und in der Nachkriegszeit beim Aufbau des neuen Bundesstaates zu verwerten und dadurch der Republik und dem österreichischen Volke dienen zu können; nicht nur, weil dies ein heiliges Gebot ist, sondern auch, weil ich, der ich dem Kaiser der früheren Monarchie mit aller Hingabe und allem Verstande gedient, mir meine letzte, republikanische Überzeugung als gereifter Mann schwer erarbeitet habe und nunmehr meinen Kameraden in die neue Richtung verweisen möchte.

In der republikanischen Entwicklung sehe ich die Zukunft des Bundesstaates. Die Republik ist ein Rechtssystem, das sich aus der Notwendigkeit ergibt; in ihm können sich alle Kräfte des einzelnen und des ganzen Volkes entfalten; sie ist der Weg zur einigigen großen Einheit der Nation. Aus dem Sinne und dem Willen der Republik erwachsen die Aufgaben und Ziele des Staates, die Begeisterung wecken, mit Berufsstreue erfüllen und in neue Bestrebungen gewähren können.

Soll das Heer seinen Aufgaben für das Volk gerecht werden, so muß es in die gleiche Richtung zum Volk haben, aus dem es besteht, es seine Kraft und seine Tatkraft berechnen lassen. In der demokratischen Republik wäre es widersinnig, eine Gruppe von Leuten zu ernennen, die Angehörigen des Volkes, von der Mitbestimmung des Staates ausgeschlossen sind. Daher müssen die Befehlshaber (im österreichischen Red.) alle politischen Rechte. Mit diesen Rechten übereinstimmend aber auch alle politischen Pflichten, denen sie, die Bewährten innerhalb der entworfenen Volksgemeinschaft, mit dem vollen Entschlossenheit, der heiligsten Einnahme des Lebens und der nachkommen müssen. In diesem Sinne schied der Heeresinspektor als Mann, als Bürger der Republik und als Soldat, daß er nach bestem Wissen und Gewissen mit allen seinen Kräften der Republik und dem österreichischen Volke dienen werde.

Soldat sein, heißt kämpfen müssen, wenn das Volk es verlangt. Republikanischer Soldat sein, heißt sein Leben dem Bewußtsein einbringen wollen, daß mit der Beteiligung der Republik auch alle Mitbürger freie Schicksalsbestimmung verdienen wird, jene Schicksalsbestimmung, die zum sittlichen und sozialen Fortschritt der Gesamtheit führt. Mit dem Willen der Republik sind die Begriffe der Freiheit, des Rechtes, der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und Billigkeit untrennbar verbunden. Diese Grundzüge sind im militärischen Betriebe bedingungslos durchzuführen, ist nach meiner festen Überzeugung in der nächsten Zeit die wichtigste Aufgabe der inneren Arbeit im Bundesheer. Nur wenn diese Aufgabe gelöst wird, kann zur Vollkommenheit der militärischen Macht auch die Begeisterung für die Republik und die Hingabe für das österreichische Volk in seiner Gesamtheit, die militärische Maschine schwingen und Taktik empfangen und zur höchsten Leistung ertüchtigt werden."

Der Ausgleich zwischen Italien und Südslawien

Wichtigste alle außenpolitisch interessierten Kreise ist, da die Rückwirkungen noch nicht ganz zu übersehen sind. Ein Breslauer bürgerliches Informationsblatt hat die Meldung, um seinen Lesern eine Freude zu machen, unter der Überschrift: „Die franzosenfeindliche Kleinente“ gebracht. Daß davon keine Rede sein kann, ist ja bereits vor wenige Wochen vorher abgeschlossene Friedensvertrag zwischen Frankreich und dem stärksten Land der Kleinen Entente, der Tschechoslowakei. Aber auch Südslawien hat vor seinem Ausgleich mit Italien noch französische Rüstungskredite erhalten ebenso wie Rumänien. Es ist auch nicht einzusehen, warum der Ausgleich mit Italien über den Hafen von Trieste die Slawen mit einem Male zu Franzosenfeinden gemacht haben soll, zumal ja Herrn Mussolinis Gegenseite zu dem Vaincaris nicht überhört werden dürfen. Wenn Frankreich und Italien im Mittelmeer auch wirtschaftliche Konkurrenten sind, so sind sie z. B. in der finanziell grundlegenden Frage des Kriegsschuldenausgleichs mit England und Amerika bis zuletzt noch immer gegen ihre Gläubiger zusammengegangen. Der italienisch-slawische Ausgleich bedeutet also nur, daß die Gesamtpolitik der Kleinen Entente nicht in allen Dingen nur an Frankreich gebunden bleibt, sondern auch mit den übrigen Ententemächten in Einvernehmen bleiben will, was ja auch Herrn Benešs angekündigte Reise nach London zeigt.

Ausschub der Randstaatenkonferenz

Nach einer finnländischen Meldung wird die Randstaatenkonferenz, die am 21. Januar in Warschau stattfinden soll, bis zum Februar aufgeschoben. Die Nachricht gewinnt angesichts der soeben beendeten Belagerungskonferenz und des scheidlich-französischen Bündnisses, durch die Polen vereint und von seinem Schicksal Frankreichs nicht gelassen fühlt, an Bedeutung, denn gerade die neue Randstaatenkonferenz sollte offenbar einen engeren Zusammenhalt zwischen den Randstaaten und Polen herbeiführen. Der polnische Außenminister, den gestern unser Warschauer Korrespondent an dieser Stelle charakterisiert, findet sich bei den baltischen Republiken kein großes Vertrauen.

Neue deutsch-polnische Verhandlungen

„Ilustrowany Kurjer Codzienny“ berichtet aus Warschau, die polnischen Verhandlungen in der Sache der Staatsbürgerschaft im Zusammenhang mit § 91 des polnischen Gesetzes vom 10. Februar angenommen werden. Die Beschlüsse der Verhandlungen werden einen Monat später dem Völkerbundsrat vorgelegt werden.

Zum Präsidenten der Weimarer Kommission

Die Weimarer Kommission hat den amerikanischen Finanzmann Hermann Dawid, der im Jahre 1919 amerikanische Konsul in Berlin war, zum Präsidenten ernannt.

Gewerkschaftsbewegung.

Gefährlicher Generalstreikaufruf.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurden in den letzten Tagen Flugblätter verteilt, die zum Generalstreik innerhalb 24 Stunden auffordern. Die Flugblätter tragen auch die Unterschrift des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Rheinland-Westfalen. Diese Unterschrift stellt sich jedoch als Fälschung heraus. Der Generalstreikaufruf ist zurückzuführen auf einen am 2. Januar zu Rheinhausen abgehaltenen „Kongress der Betriebsräte und Erwerbslosen“, an dem der Deutsche Metallarbeiterverband nicht beteiligt war. Die Bezirksleitung Köln, Essen, Dagen und Bielefeld des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erlassen deshalb eine Erklärung, daß ihnen nichts davon bekannt ist, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband irgend einem Menschen den Auftrag gegeben hat, in seinem Namen eine derartige Unterzeichnung vorzunehmen. Die Unterzeichnung ist demzufolge von jemandem erfolgt, der kein Mandat hierzu hatte. Für die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gelten dementsprechend auch die Beschlüsse von Rheinhausen nicht. Wir ermahnen dringend alle Mitglieder, nur den Aufforderungen der Bezirksleitungen von Rheinland und Westfalen zu folgen und alle anderen Beschlüsse nicht zu beachten.

Im Kölner Industriebezirk wird gegenwärtig von untertänigstem Einfluß stehenden die Parole der Betriebsbesetzung lebhaft vertrieben. In den jüngsten Tagen drangen in Köln in mehrere große Werke Erwerbslose ein, besetzten die Telefonzentralen und die Arbeitsräume. Sie erklärten, die Betriebe in eigene Verwaltung nehmen zu wollen. Die herbeigekommene Schupo löste jedesmal die Betriebe und nahm eine Menge von Verhaftungen vor.

Die Funktionäre und Vertrauensleute der im Kölner Braunkohlengebiet und der in Frage kommenden freien Gewerkschaften nahmen in einer hier beschriebenen Versammlung zu dem Schiedspruch im Braunkohlenbergbau Stellung, der beinahe die Wiedereinführung des Zwischschichtensystems unter Lohnverhältnissen bringt, die untragbar sind. Einstimmig und vor der Aussprache lehnte die Versammlung die Annahme des Schiedspruches ab. Damit hat sich im Braunkohlenbergbau die Situation sehr zugunsten, jedoch in den nächsten Tagen mit großen Kämpfen zu rechnen sein wird.

Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs im deutschen Berggewerbe.

Anteil wird uns mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister hat auf Antrag des Reichsverbandes der Bergleistungen den für das deutsche Berggewerbe ergangenen Schiedspruch für verbindlich erklärt, durch den der bisherige Mantelvertrag unter Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 auf 54 Stunden bis Ende Februar verlängert worden ist. Durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs erfahren die Gehaltsätze der Angestellten im Berggewerbe, die seit Wochen von den Arbeitgebern einseitig herabgesetzt wurden, wieder eine tarifliche Regelung.

Dunkelkammer der Pogrombeher

wird in der morgigen

Funktionär-Versammlung

hineingeleuchtet werden. Das Thema lautet:

„Der Antisemitismus, eine Waffe der Reaktion gegen die Arbeiterschaft!“

Beginn pünktlich 7 1/2 Uhr im Saal der Neuen Börse, Graupentstraße.

Parteimitglieder Eintritt nach Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches.

Nichtparteimitglieder müssen Eintrittskarten haben, die man vom Parteisekretariat, Gewerkschaftshause, 2. Etage, Zimmer 37, anfordern kann.

Verbindlicher Schiedspruch für die Holzarbeiter.

Vom Deutschen Holzarbeiterverbande gehen uns folgende Zeilen zu: Der Reichsarbeitsminister hat den in der „Volksmacht“ vom 19. Dezember veröffentlichten Schiedspruch verbindlich erklärt. Die Verbindlichkeitsklärung erstreckt sich über nicht auf die Zeit vom 8. Dezember 1923 bis einschließlich 4. Januar 1924, sondern die Verbindlichkeitsklärung ist erst ab 29. Dezember ausgesprochen. Den Kollegen in den Werkstätten ist es zur Pflicht gemacht, den Schiedspruch vom Tage der Verbindlichkeitsklärung ab durchzuführen.

Die Arbeitgeber diktierten auf der ganzen Linie. Laut Meldungen ist für den Bereich des Arbeitgeberverbandes der rheinisch-westfälischen Zementindustrie nach längeren Verhandlungen der Übergang zum 10tägigen Arbeitstag vereinbart worden.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Mißstände im Abendverkehr Breslau—Herrnprotisch.

Man schreibt uns: Während man der Reichsbahnverwaltung die Anerkennung über gewisse Verkehrsverbesserungen nicht verweigern kann, muß man wirklich bedauern, daß sie die Strecke Breslau—Herrnprotisch in der Jungfer abends so schleppend behandelt.

Da der Zug 7,45 Uhr abends Herrnprotisch verläßt, so sind die Bewohner der umliegenden Dörfer, die vielen Angestellten der großen Betriebe, von allen Bildungsverhältnissen, Theater usw. vollständig ausgeschlossen, denn den meisten ist es einfach unmöglich, schon um 4 Uhr zu fahren. Nicht zu rechnen die vielen Schüler der Heilstätte, die gezwungen sind, sich bis 8 Uhr im Krankenhaus oder im Wartesaal des Bahnhofs aufzuhalten. Ein tragisches Kapitel bildet auch der letzte Rückzug von Breslau. 11 Uhr nachts geht er vom Priebringer Bahnhof ab, und die Angestellten usw. sind dann pünktlich um 1 Uhr zu Hause, nachdem man sich vorher auf dem zugehörigen Korridor—Wartesaal erstarkt hat — des Priebringer Bahnhofs die schärfste Geduld bewahrt hat.

Im Interesse der großen Bevölkerung, die viele Fabrikschicht, wären wir der Direktion sehr dankbar für eine Verlegung des Zuges Herrnprotisch ab 7,45 Uhr abends und Breslau Priebringer Bahnhof ab 12,30 Uhr nachts um 1 bis 1 1/2 Stunden. Alles bringt ist gut.

Denk an das Parteimitglied!

Aus Schlesien.

Alle politischen Versammlungen anmeldepflichtig!

Der Militärbehörden hat kürzlich folgende Bestimmung zur Ergänzung früherer Einschränkungen der Versammlungsfreiheit erlassen: Wer die Anmeldung öffentlicher Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten bei den zuständigen Polizeibehörden unterläßt, macht sich nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September strafbar. Nicht fristgerechte Anmeldung einer Versammlung zieht ihr Verbot nach sich.

Unsere Organisationen werden diese Anordnung im Wahlkampf berücksichtigen müssen, — solange wir von der Sozialdemokratie bestmögliche militärischen Ausnahmezustand haben.

Delo. Amtsverbrechen. Im Februar vorigen Jahres wurde auf dem Bahnhof Ratibor der Schlosser Karl Miosga aus Laband, ein bereits wegen vieler Hoteldiebstähle bestrakter Mensch, beim Versuch eines Zigarettenhändchens festgenommen. Man fand bei ihm außer einer Reihe verschiedener Käse eine Menge Eisenbahnfahrkarten, deren Gültigkeit erst für die kommenden Zeit galt. Die Untersuchung ergab, daß er diese Karten aus Ranslau von dem ihm befreundeten Eisenbahnassistenten Bruno Herzog hatte, der als Schalterbeamter dem Miosga für dessen „Geschäftsreisen“ Fahrtscheine nach Hannover, Stendal und anderen entfernteren Orten auszusprechen und unter Anwendung eines betrügerischen Stempelstempels sehr billig zu berechnen pflegte. Im Monat März wurde Herzog deshalb vor dem hiesigen Schwurgericht, der Mitangeklagte Miosga war bei seinem Transport von Ratibor nach Delo auf dem Hauptbahnhof in Breslau im Gedränge entporen. Der bisher unbeholte junge Beamte war geständig und wurde zum Mindestmaß von einem Jahr Zuchthaus und 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Strelow. In den Tod gefolgt. In der Nacht machte die Frau des hiesigen Steinmetzmeisters Wilhelm Krause, der einige Stunden vorher im Krankenhaus verstorben war, ihrem Leben ein Ende, indem sie das Gas aus Lampe und Kocher ausströmen ließ.

Wesigen D.S. Zum Unglück auf der Heinrichgrube. Nachdem die gerichtliche Untersuchung gegen die Schuldigen des grauenhaften Unglücks auf der Heinrichgrube, bei dem über 140 Bergleute ihren Tod gefunden haben, abgeschlossen ist, ist gegen eine Anzahl Bergleute wegen fahrlässiger Tötung und Zuwiderhandlung gegen die bergpolizeilichen Vorschriften Anklage erhoben worden.

Alleine Breslauer Nachrichten.

Der Wert der Natural- und Sachbezüge bei Bemessung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn

wird vom 1. Januar 1924 ab bis auf weiteres, wie folgt, in Goldmark festgelegt:

- I. Wert der freien Station einschließlich freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung, gleichmäßig für Stadt und Land je Person
 - a. für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrlinginnen und sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte (z. B. Magde), sowie jugendliche landwirtschaftliche Arbeiter bis zum Alter von 20 Jahren monatlich 20,— M wöchentlich 4,60 M
 - b. für männliche Hausangestellte, Anechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen, monatlich 30,— M wöchentlich 6,90 M
 - c. für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Werkmeister, Kurinspektoren) monatlich 42,— M wöchentlich 9,70 M
- II. Freie Station (ohne Wohnung, Heizung und Beleuchtung) 1/3 der unter a bis c bezeichneten Sätze.

Wästen und Wästenwölfer.

Der heute abend vom Arbeiterbildungsausschuss veranstaltete Vortragsabend im großen Saal des Gewerkschaftshauses verspricht besonders interessant dadurch zu werden, daß sehr viele Nicht-Mitglieder erwartet werden. Während sich der Vortrag des Professors Dietrich im Vorjahre über „Polareis und Celsius“ mit den kältesten Gegenden der Erde befaßte, sind es diesmal die heißen, die wegen ihrer Gefahren für Leben und Gesundheit von den Menschen nur selten aufgesucht werden. — Eintrittskarten sind noch an der Abendkasse zu haben.

Nachlässige Beleidigung.

Vom Schöffengericht wurde der Kaufmann Carl Köh wegen Beleidigung der Privatsekretärin Helene Bionet zu 30 M. Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu 10 Tagen Haft, verurteilt. Der Verurteilte hat im Schneiderhändler Keller und in der „Freien Meinung“ in Waidenburg und nachlässiger Weise verbreitet, daß er der B. zu einer Strafe wegen Beleidigung verurteilt hätte. Das Gericht erwiderte in dieser Beziehung eine nachlässige Beleidigung.

* **Kautschuk Wetterbericht.** Die gesamte Wetterlage hat sich wenig geändert. Während bei uns am Boden kalte Luft lagert, hält in der Höhe die wärmere Südströmung weiter an. (Schnee- und Regenlage — 3 Grad gegen Breslau — 12 Grad, Broden + 2 Grad gegen Magdeburg — 7 Grad.) Eine Veränderung des augenblicklichen Witterungscharakters ist deshalb nicht zu erwarten.

* **Kirchen- und Kultussteuern.** Im Anzeigenteil unserer heutigen Nummer findet sich eine Bekanntmachung der drei Religionsverbände, des ev. Parochialverbandes, des kath. Gesamtverbandes und der Synagogengemeinde, über die Zahlung der Kirchen- und Kultussteuern für das zweite Halbjahr 1923/1924, auf die wir hiermit besonders hinweisen.

* **Das nächste Reichstagswahlgesetz** vertritt am 31. Januar seine Gültigkeit. Der Magistrat ruft daher im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer die Aufsicht zur Einlegung auf.

Gegen rauhe, aufgesprungene Haut

CREME MOUSON

vollkommenstes Hautpflegemittel

Creme Mouson Seife • Creme Mouson Parfumerie

Wundersalbe

Wundersalbe

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. Januar.

Bereinigter Sozialdemokratischer Partei.

Parteilosgenossen! Parteilosgenossen! Montag, den 21. Januar, abends, in allen Stadtteilen Abteilungs-Versammlungen Parteilosmitglieder. Wichtige Tagesordnung!

Direkt 41. Heut abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Lokal „Stadtmarkt“, Frankfurter Straße 163, wichtige Distriktsversammlung.

Abteilung Südwest. Abteilungen = Funktionär-Versammlung. Sonnabend, den 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Lokal Schwarz, Gabisstraße 27.

Jungsozialisten. Donnerstag, 8 Uhr abends, Arbeitsgemeinschaft. (Einführung in die Wirtschaftslehre des Sozialismus.)

Der Konsumverein Vorwärts

Die gestrige Abend mit seinen Mitgliederversammlungen begonnen, die sich mit der Frage der Aufwertung früherer Geschäftsanteile betrauen. Die Beschlüsse der Versammlung sind in der Zeitung veröffentlicht. Der Wunsch, den „Vorwärts“ auf die Art umzubringen, ist unerfüllt geblieben. Nach einem Bericht des Sekretärs Pieisch trat die Versammlung fast halbes Jahr des Bestehens des Genossenschaftsrates bei, demzufolge die Verordnungen der Reichsregierung die Papiermarkanteile umzurechnen sind. Ueber den Stand der „Tagespolitik“ war die Versammlung der Meinung, daß allein die Fiktion der Zahlung genügt, das aktive Stücken moderner abzugeben zu erklären. Eine weitere Erklärung hat Genosse Ma, die, der davon Kenntnis hat, daß Unternehmer und die Organisations der Arbeiter gemeinsam die Lebensmittelpartei der Arbeiter bilden, die die Wirtschaftsorganisationen der organisierten Arbeiterorganisationen, die Zahl der ausgetretenen Mitglieder die Schwierigkeiten der Inflation überwinden hätten. Als ein Nachteil aus wirtschaftlichen Gründen und Konturrenzen. Der Verwaltung wurde die Vorwürfe gemacht, daß sie nicht eher die Genossenschaft an den Schülern befreite, die die Nachhilfe über diese Handlungen in dieser Form lohnen. Ein Antrag, über diese Dinge Tagesordnung überzugehen und in Zukunft unbeachtet lassen, wurde einstimmig gutgeheißen.

Kündigung von Mieträumen.

In letzter Zeit lassen einzelne Hausbesitzer Andruck nachgehenden Inhalts an die Mieter gelangen:

„Den mit Ihnen geschlossenen Mietvertrag kündige ich hiermit zum Ablauf am 1. April 1924 auch für den Fall, daß die gesetzlichen oder behördlichen Vertragsbeschränkungen zur Aufhebung gelangen.“

Diese Mitteilungen entsprechen nicht den gesetzlichen Bestimmungen. Nach dem Mietrechtsgesetz vom 1. Juni 1923, das noch in Kraft ist und, solange die Wohnungsnot im bisherigen Umfang besteht, voraussichtlich auch in Kraft bleiben wird, ist die Kündigung des Vermieters gegen den Willen des Mieters nur in den gesetzlich zugelassenen Sonderfällen zulässig. Die von der Reichsregierung in Aussicht genommene Änderung des Mietrechtsgesetzes, die lediglich eine anderweitige Regelung der Mietzahlungsbefreiung bezweckt, hat mit dem Mietrechtsgesetz nichts zu tun. Zur Vermeidung von Streitigkeiten werden die Mieter und Vermieter im einzelnen auf die Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes hingewiesen.

Die neuen Volkshochschulkurse

Man unter den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiterschaft gleichfalls leiden zu müssen, denn die Annehmlichkeiten vorläufig nicht in der erwarteten Zahl. Die Arbeiterschaft aber sollte es sich gerade angelegen sein lassen, diese Einrichtungen, die lediglich zu ihrem eigenen Vorteil geschaffen wurde, und bei der Personalkrise mit höherer Schulbildung von der Teilnahme ausgeschlossen sind, in immer steigendem Maße zu benutzen.

Wenn die wirtschaftlichen Nöte ganz besonders hart bedrücken, es, daß er arbeitslos oder kurzarbeitslos ist, der sollte gerade bei ihm verbleibende Freizeit dazu verwenden, kein geistiges Niveau zu verlieren. Den arbeitslosen Kursteilnehmern kann die Teilnahmegebühr auf ihren Antrag hin teilweise oder ganz, und den kurzarbeitslosen teilweise erlassen werden. Wer aber noch sonst glaubt, die Teilnahmegebühr in Höhe von 3 Mark für einen Kursus mit Doppelpunkten und 2 Mark für einen Kursus mit einfachen Stunden nicht auf einmal erschwingen zu können, dem ist die Möglichkeit geboten, in kurzfristigen Teilnehmungen seine materiellen Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Anmeldefrist läuft noch bis zum 18. d. Mts., und können Kursusbelegungen im Volkshochschulkollegium, Springerstraße 5/9, III., angebracht werden.

Dr. Gustav Wynnen

Er spricht im Breslauer Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, am Sonntag, 20. Januar, vormittags 11 Uhr, über „Glauben wir noch an die Zukunftsbewegung?“, und Montag, 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr, über „Der deutsche Gedanke in der Erziehung“, sowie Dienstag, 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr, über „Sozialismus und Kultur“.

Eintrittskarten bei Gainer, Barasch, Buchhandlung „Volkswacht“, in den Zusammenkünften der Tagemeinschaft „Junge Menschen“ und der Jungsozialisten, bei den Jugendbünden und an der Kasse.

Zentral-Arbeiter-Bibliothek im Gewerkschaftshaus.

Wir machen unsere Leser aufmerksam, daß die Ausleihezeit mittags um eine Stunde später gelegt ist. Diese Veranordnung ist getroffen worden, um den in Arbeit stehenden Lesern zu geben, ihre Bücher wieder tauglich zu können. Ist Ihnen Wissen was nach wie vor in den Vormittagsstunden kommen. Die Bibliothek ist geöffnet wie folgt:

Montag: vormittags 10-12, nachmittags 4-6 Uhr, Dienstag: vorm. 10-12, nachm. 4-6 Uhr nur für Kinder, Mittwoch: vormittags 10-12, nachmittags 4-6 Uhr, Donnerstag: vormittags 10-12, nachmittags geschlossen, Freitag: vormittags 10-12, nachmittags 4-6 Uhr, Sonnabend: vormittags 10-12, nachmittags geschlossen.

Schulanfänger Ostern 1924.

Republikanische Eltern, meldet baldigst die Schulanfänger, die nicht bereits gesehen, für die weltliche Schulen in den Sprechstunden im Amtszimmer der Sammelstelle 1, Vaterlandstraße, Sammelstelle 2, Polenzers Straße, Sammelstelle 3, Lenzers Straße. Kreis-Elternvereinigung.

Die Politik der Sozialdemokratie.

Aus dem Vortrage des Genossen Dr. Kurt Geyer aus Leipzig in der Montag-Versammlung unserer Partei im großen Saale des Gewerkschaftshauses geben wir hiermit folgenden Auszug:

Wir gehen mit der festen Absicht in den Wahlkampf, die Gegner so kräftig wie möglich zu schlagen, und selbst so stark wie möglich zu werden. Das entspricht der alten Tradition der Partei. Wir werden die Verantwortung für die Gegner an unseren heutigen Zuständen aufzeigen. Dabei werden wir versuchen, eine sozialistische Mehrheit zu gewinnen. Die parlamentarische Taktik hängt von unserer Stärke ab, vom Kräfteverhältnis zwischen uns und den anderen.

Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im ersten deutschen Reichstage war so umfangreich und vielfältig, daß sie in einem einzelnen Vortrage überhaupt nicht erschöpfend zu behandeln ist. Aber klar müssen wir uns über ihren Sinn und wesentlichen Inhalt sein. Nach acht Wochen Stabilisierung

reißt jetzt der Schleier, der bisher die wahren Verhältnisse verborgen hat. Wir sehen inmitten eines kapitalistischen Systems, das an Härten, Schwächen und Grausamkeiten mehr aufweist, als vor dem Kriege. Ungeheuer niedrig ist der Lohn, die Zahl der Arbeitslosen riesengroß, die Billigkeit des Unternehmertums hat den Gipfelpunkt erreicht und gegen den Währungsstandtag können die Unternehmer einhellig an. Damit sind die letzten Illusionen in Nichts zerfallen.

Die trüben sozialen Verhältnisse haben sich im Hintergrunde einer riesigen Weltwirtschaftskrise herausgebildet. Wirtschaftskrisen aber sind nicht Zeiten des sozialen Aufbaues; das sind die Zeiten, wo die Mächte des Kapitalismus untereinander kämpfen. Nicht die sozialistische Ideologie, sondern die kapitalistische Ideologie der bürgerlichen Klassen tritt in solchen Zeiten vorwärts in Geltung. Das Glend der Krise treibt Teile der Arbeiterschaft zu einer

Taktik der Verzweiflung.

andere verfallen dem Stumpfsinn, nachdem der Glaube an die Zukunft bei ihnen ins Wanken gekommen ist.

Wo sind die Kräfte, die dem Erstarken der kapitalistischen Wirtschaft mit Erfolg entgegengekehrt werden können? Im Wege der direkten Aktion waren diese Kräfte nicht mehr zu machen. Im Streik läßt sich nur um den Lohnanteil ringen, nicht aber um den Aufbau der Volkswirtschaft; mit sozialistischer Zielsetzung. Um solche Ziele zu erreichen, ist es nötig, den Kräften der Wirtschaft, die Kräfte des Staates entgegenzusetzen. Aufgabe der Sozialdemokratie muß es sein, die Kräfte des Staates gegenüber denen der Wirtschaft zu stärken, um sie gegen die Kräfte der Wirtschaft anzuwenden. Die Partei muß den Staatsgedanken am stärksten vertreten. Zunächst galt es die Denkwerte der Sozialisten und des Volkes dem veränderten Staate anzupassen. Vor dem Kriege waren

Regierung und Volk

einander ausschließliche Gegensätze. Die Regierung war das Symbol aller volkshenlichen Kräfte. Nach dem Sturz des Obrigkeitsstaates aber sind Regierung und Volk nicht mehr sich ausschließende Gegensätze. Das Volk kann die Regierung selbst bilden und beeinflussen. Wir müssen die geistig freie Stellung dem Staate gegenüber gewinnen, die die englischen Arbeiter längst einnehmen.

Hamish Macdonald

hat längst die Stellung eingenommen, die die deutschen Arbeiter erst nach dem Sturze des Obrigkeitsstaates einnehmen konnten. Aber es gilt und gilt auch weiter, die reaktionäre Denkwerte im Volke zu zerstören. Die Sozialdemokratie hat sich dieser Aufgabe unterzogen, aber viele Köpfe sind dem dramatischen Wandel der Verhältnisse noch nicht gefolgt, alle versteinerte Traditionen machen uns noch viel zu schaffen. Viele werfen

Zweckmäßigkeitsermägungen und alte Gespinnstheiten

durcheinander. Anjungs schien es, als sollte uns die Mobilisierung des Staates gegen die Kräfte der Wirtschaft gelingen. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik, sowohl der Arbeiterkassen wie der Arbeiterversicherung, kamen wir vorwärts, wenn wir auch die Privatwirtschaft nicht entscheidend ändern konnten. Bezüglich der Betriebsräte haben wir (Zwischenruf: Verkauf!) weitgehende Erfolge erzielt. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Erfolge verloren gehen, dann entfällt erst der Sinn dafür, was sie waren. (Beifall.)

Wie ist es mit dem Währungsstandtag?

Während Arbeitslosigkeit und Hunger herrschen, sind immer weitere Schichten der Arbeiterschaft über den Währungsstandtag hinweggegangen. Die Arbeiter haben von sich aus den Währungsstandtag abgelehnt, in einer Zeit, wo Millionen arbeitslos waren und kurzarbeit in vielen Betrieben herrschte. In Zeiten der Krise beginnt die primitive Solidarität der Arbeiter nur zu leicht zu wanken, und heut bekennt man sich auf die Erfolge, die jene Kreise aus eigener Kraft abgelehnt haben. (Beifall.) Waren wir nicht entschieden genug? Haben wir nicht die richtige Taktik verfolgt? Waren wir nicht fähig, die Probleme mit genügend geistiger Schärfe zu durchdringen?

Die Ursachen liegen tiefer. Die kapitalistischen Besitzer beherrschen nicht nur die Produktionsmittel, sie beherrschen auch geistig die Wirtschaft. Sie besitzen die Fähigkeit, sich den Wirkungen der Gesetzgebung zu entziehen. Bei den harten Beziehungen zwischen den großkapitalistischen Vätern der Erde fanden unsere Kapitalisten

im Auslande Hilfe gegen die Gesetzgebung

der deutschen Republik. Vielleicht hätte der Staat über die Kräfte der Wirtschaft siegen, wenn diesen nicht die Weltwirtschaftsbetriebe zu Hatten gekommen wäre.

Wären wir nach bolschewistischem Muster verfahren, dann wäre aber unsere ganze Wirtschaft zum Stillstand gekommen. Und da wir kein Agrarland sind, wäre es unmöglich gewesen,

die Industriegebiete zu versorgen. Wir besäßen doch weder Vorräte an Rohstoffen für die Industrie, noch an Lebensmitteln.

Die Krise hat die proletarischen Kampforganisationen entscheidend geschwächt.

Hunger und Entbehrungen ohne Unterlaß, ohne Maß und Ziel setzten sich bei den Massen nicht in Kraft, sondern in Gleichgültigkeit. Um beim Bürgerturn aber trat eine vollkommene Zerrüttung der Staatsgewalt ein. Immer stärker wurden die bürgerlichen Mittelparteien von den selbständigen Kräften der Reaktion und der Wirtschaft erfaßt. Eine Mehrheit im Reichstage aber hatten wir nicht. Damit sind die Grenzen gezogen, die unserer Wirksamkeit entgegengestanden haben. In England werden diese Grenzen der Arbeiterpartei von vorne herein anerkannt. Auch bei uns nicht alles Disputieren nichts, wenn es nicht gelingt, die Köpfe des Proletariats zu revolutionieren.

Wir haben nichts verabsäumt, die Staatsautorität gegen die Kräfte der Wirtschaft zu mobilisieren. Je nach unserer Stärke, aber der der anderen, haben wir politische Erfolge oder Befinden wir uns in der Abwehr.

Rebner beleuchtete dann ausführlich den jahrelangen Kampf der Partei um die Gesundung der Reichswirtschaft und der Währung. Unsere Forderung auf kräftige Besteuerungen, Erfassung der Schwerte und Stabilisierung der Währung blieben jahrelang ungehört. Die Rechte und die Wirtschaft waren interessiert an der Fortdauer des Notendrucks und der außerordentlichen Spannung.

Die Allianz Stinnes-Helfferich

vermochte ständig, die Mehrheit des Reichstages auf ihre Seite zu zwingen, bis der nötige Zusammenbruch da war. Es begann die kurze Arbeit des Genossen Dr. Hilferding, dem wir die heutige Stabilisierung verdanken.

Aber warum hat die heutige Sozialdemokratie nicht ihre äußersten Machtmittel eingesetzt, um die kapitalistische Interessenspolitik früher zu brechen? Wird heute gefragt. Hier welche Mittel hatten wir zur Verfügung? Sollten wir gegen die bürgerliche Steuerpolitik zum Generalstreik rufen? Bedenken Sie doch die Wirkungen der Krise auf unsere Partei und Gewerkschaftsorganisationen. Kann man bei drei Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern mit dem Generalstreik solchen Eindruck machen, daß das Unternehmertum nicht nur außerparlamentarisch, sondern auch parlamentarisch kapituliert? Oder sollten wir zum bewaffneten Aufstand greifen? (Zuruf: „Das haben Sie früher gemacht.“) Helfferich.) Ich habe 1918 und 1919, je nach 1920 an bewaffneten Aufstand und Weltrevolution gedacht, weil ich glaube, das soziale Kräfteverhältnis sei stärker auf der Seite der Arbeiter. Seitdem haben wir

die Entwidlung des Kapitalismus in Rußland

und in der ganzen Welt erlebt. Meinen Sie, daß ich nach diesen Erfahrungen aus alter Tradition den bewaffneten Aufstand empfehlen kann? Die Wirtschaft zu lenken und den Staat zu lenken, ist ein schwieriger Beruf, der gelernt sein will. Er ist schwerer als jeder andere Beruf, denn nicht nur das Wohl und Wehe, sondern sogar die physische Existenz von Millionen hängt davon ab. (Lebhafte Beifall.) Solange weite Schichten an der Inflation interessiert waren, war es nicht möglich, diesen Prozeß zu durchbrechen.

Schließlich dämmerte es dann den Kleinen, daß sich die Politik Stinnes-Helfferich gegen sie wandte, und zuletzt rüttelte die Krise auch an den stärksten Werken der Großindustrie. Wir wurden umworben, in die Große Koalition einzutreten. Genosse Hilferding übernahm als Finanzminister die schwerste Verantwortung und die gewaltigste Arbeit. Die Zerrüttung zeigte sich als noch schlimmer fortgeschritten, wie man befürchtet hatte. Hilferding hat es geschafft so gut, daß jetzt

Helfferich als Vater der Sanierung

erscheinen möchte. (Beifall.) Helfferich wollte aber gar keine Sanierung. Er wollte sie verschieben, bis die Reparationsfrage gelöst sei. Und er wollte die neuen Zahlungsmittel nicht auf Gold, sondern auf Koggen abgestimmt. Damit wollte er lediglich die Maratier vor den weiteren Inflationsfolgen schützen. Er wollte auch dem Reich keinen oder nur einen so kleinen Kredit einräumen, daß es die Notenpresse nicht füllen konnte. Das Reich und aller Wohl und Wehe sollte der Schwerindustrie ausgeliefert werden.

Rebner kommt zum Schluß noch ausführlich auf das Ermächtigungsgesetz

zu sprechen. So wie die parlamentarischen Machtverhältnisse gelagert sind, hätte die Reichstagsmehrheit ohne das Ermächtigungsgesetz genau dieselben Beschlüsse gefaßt, als jetzt die Regierung. (Zuruf: Auflösung des Reichstages!) Glauben Sie, daß wir mit der Parole „Gegen das Ermächtigungsgesetz“ den rechten Wahlkampf führen konnten? Bedenken Sie die Verzweiflungsschreie der Arbeiterschaft noch vor acht Wochen, bedenken Sie, wie sich in dieser kurzen Zeit seit der Stabilisierung der Währung unsere Organisationen und unsere Presse wieder getraut haben, und dann antworten Sie, ob vor acht Wochen die rechte Zeit zum Wahlkampf gewesen wäre. Den Wächern der Reaktion und dem Schwertkapital hätten wir mit einer Reichstagsauflösung vor acht Wochen den größten Gefallen getan. (Lebhafte Beifall.)

In den Wahlkampf treten wir nicht um einer Einzelfrage willen, sondern

um alle unsere Deale und Forderungen.

(Stürmischer Beifall.) Vor allem gilt es die Ueberzeugung in alle Kreise des werktätigen Volkes zu tragen, daß die Kräfte des Staates gegen die der Wirtschaft zu mobilisieren sind. Solange die Arbeiterschaft noch in großen Massen bürgerlich wählt, muß sie sich auch gefallen lassen, daß eine bürgerliche Regierung über ihr Wohl wacht. Durch Verwirrung ist die Welt nicht zu bessern. Vom Ausfall der Wahl hängt auch unsere ganze künftige Taktik ab, und nicht davon, wie wir sie uns malen. Das müssen wir bedenken und uns mit voller Kraft in den Wahlkampf stürzen. (Lebhafte, langanhaltender Beifall.)

* Viktoria-Theater. Täglich 8 Uhr Gastspiel Blahheim und Papa Will in der Schwanen-Operette: „Neros Heirat.“ Sonntag, nachmittags 4 Uhr, Familienvorstellung bei halben Preisen mit Blahheim. „Königin der Nacht“.

Bereinstalender.

Handelshilfsarbeiter, Arbeiterinnen und Kraftwagenführer. Donnerstag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, großer Saal. Wichtige Teilungs-Versammlung. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Versammlung ist vollständiges und pünktliches Erscheinen notwendig. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder Karte.

Deutscher Verkehrsverein, Abteilung Handels- und Metallarbeiter-Verein. Dreher. Donnerstag, den 17. Januar, 8 Uhr abends, Zimmer 8 des Gewerkschaftshaus, Versammlung.

* Bürgermeister Trentin nahm am Montag Abschied von der Schuldeputation. Stadtschulrat Dr. Lauterbach richtete warme Worte des Dankes und der Anerkennung an den Scheidenden. Unsere Genossin Franz überreichte ihm mit Ehrenreihen Worten einen Blumenkranz, den der Gelehrte dankend entgegennahm. Stadtschulrat Trentin sagte später den Antrag, eine Schule als Trentinschule zu benennen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, und eine Deputation überbrachte ihm die Nachricht, von der er mit großer Ehrung Kenntnis nahm.

* Hier Hand: Best zu 44 Pfennige für Erwerbssafe gibt gegen Vorzeigung der Gewerkschaftskarte der Genosse Bäckermeister Blöschle. Bestamt Matthisstraße 9.

* Die Breslauer Leuznerzahl vom 14. d. Mts., die vom städtischen Statistikeramt nach den Grundzügen des Statistikers Reichsamt errechnet wird und zugleich als Grundlage für die Berechnung der Reichsrichtzahl dient, beträgt 104 983 Milliarden.

Am 14. Januar, früh 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege und Freund, der

Diamantarbeiter

Alfred Bernert

im blühenden Alter von 26 Jahren.

Wir verieren in ihm einen treuen und schaffensfreudigen Kollegen, dessen Hinscheiden für uns einen unersetzlichen Verlust bedeutet.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

**Das gesamte Personal
der Breslauer Diamant-Ziehsteinfabrik.**

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 17. Januar, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Dürrgoy aus statt.

Anzüge nach Maß

Jackett-Anzüge, Cutaways, Überzieher etc. in nur erstklassiger Verarbeitung, und ermöglichen unseren Kunden den Einkauf durch

bequeme Zahlungsweise

Aus unserer Maßabteilung hat sich ein Posten
140 bis 150 cm breite

Reste u. Coupons

von 1 bis 3 Meter angesammelt, die wir **spottbillig zum Verkauf** stellen.

Meter 7.50, 5.90, 4.25, 2.90

Ostdeutsche Bekleidungs-Werkstätten

G. m. b. H. — Friedrichstraße Nr. 21.

Lieferanten mehrerer Beamten-Vereine und Gewerkschaftskartelle.

Rissige Hände

Rauhe Haut werden sanftmetweich mit Apotheker Haborl's Radiumseife u. Radiumkrem. Überall erhältlich.

Verlängerung

des

Inventur-Verkaufs

bis

Sonnabend, den 19. Januar

Gardinenhaus

Rosenstock

Schweidnitzer Straße 2.

Unerwartet entschlief am Sonntag, den 13. Januar, mein lieber Vater

Heinrich Emmerich

kurz vor Vollendung seines 73. Lebensjahres.

Hohes Pflichtbewußtsein, strenge Willenskraft, bescheidene Zurückhaltung und aufopfernde Hingabe füllten sein arbeitsreiches Leben aus.

Dank sei ihm für sein Vorbild!

Breslau 9
Geopfertstraße 9

In Trauer

Dr. Herbert Emmerich.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, Oswitzer Friedhof der Lutherkirchgemeinde.

Städtisches Notgeld.

Die von der Stadt ausgegebenen Notgelder verlieren am 31. Januar 1924 ihre Gültigkeit. Wir rufen Sie hiermit zur Einlösung bis 31. Januar 1924 auf. Bis zu diesem Zeitpunkt wird das Notgeld von den Wechselkassen der Stadtkassensätze in der Summe am Stückplatz, Südbühnen, eingelöst und außerdem von sämtlichen städtischen Kassen in Zahlung genommen.

Der Magistrat.

Kirchensteuer und Synagogengemeindebeitrag für das Halbjahr Oktober 1923 bis März 1924.

Mit Genehmigung der Ausschüsse der Kirchen- und Synagogengemeinden wird für das zweite Halbjahr 1923 eine Nachtragsumlage in Höhe von 0,04% in Gold von dem Einkommen — bezw. bei Nichtveranlagten — Lohnsteuerjahre für 1922 erhoben. Den Steuerpflichtigen gehen Veranlagungsbescheide zu. Die Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe ist von dem Eintrage eines Abgabebefehles nicht abhängig.

Breslau, den 14. Januar 1924

Der Paroischalverband evangelischer Kirchengemeinden in Breslau.

Der Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden der Stadt Breslau und Umgegend.

Die Synagogengemeinde zu Breslau.

Finanzamt-Süd. Finanzamt-Nord.

Sonntag, den 13. Januar, verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser

Kontorist

Georg Birnast

im jugendlichen Alter von 22 Jahren.

Seinem unermüdlichen Eifer im Interesse unserer Genossenschaft, seiner vorbildlichen Auffassung der Berufspflicht zollten wir stets unsere Anerkennung.

Von starkem Bildungsdrang beseelt, stand sein Sinn stets nach vorwärts und berechnete zu den besten Hoffnungen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand und Aufsichtsrat
des Konsum- u. Sparvereins „Vorwärts“.

Ernt die deutsche
Hollstrassstraße!

7/19

„Nur das Beste ist
das Wahre!“

**Stenographie-
Anfänger-Kurze**

beginnt

Donnerstag, 17. Jan. u.

Freitag, 18. Januar,

im Zwinger-Gymnasium

1. Stod, Zimmer 3.

abends 7 Uhr

Eintrittsgeld: einigt Lehr-

buch u. Schreibz. 2 Pr.

Ab. - Stenographie-

Veren 60 Pf. Abends,

Ortsgruppe des Deutschen

Arbeiter-Sparvereins.

(Sitz: Sahr 1. Baden).

Bitte bei allen Ein-

tritten stets die

Zeitung

unserer Zeitung

an veröffentlichen

Sünder / Diebvertilger
Savinen

beden Ihren Bedarf in

Seifenpulver :: Toiletseifen :: Kerzen

Wachspulver :: Seife :: Seife

zu allerbilligsten Engrospreisen beim

**Seifen- u. Kerzen-
Fabrik**

Breslau 1, Wallstr. 33, Hof

am Königsplatz.

Telephon 6970.

„Volkswohl“

Faulstraße 23

Den 18. und 19. Januar:

2 große Restefage

in den bekannt guten Qualitäten.

Auf reguläre Ware gewähre einen

Inventur-Rabatt

10 15 20%

Schlesische Handwerker

Gebirgsleinen-Niederlage

INH. Hugo Klose.

Verkaufszeit durchgehend 8-5 Uhr.

„Lachen links!“

Das Witzblatt der Republik

Heft 25 Pfennige.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht und die Zeitungsträgerinnen.

Gebilde

Fantastikerinnen

in und außer dem Hause gesucht

Heinrich Pätzold

Hutfabrik, Reuschstraße Nr. 51.

Arbeitsmarkt

Gebilde
Strohputznerinnen

zum sofortigen Eintritt gesucht

Gebrüder Heymann

Klosterstraße 80.

Gebilde
Strohputznerinnen

in und außer dem Hause gesucht

Heinrich Pätzold

Hutfabrik, Reuschstraße 51.

Am 13. Januar verschied nach kurzem aber schwerem Leiden unser guter, hoffnungsvoller Sohn und Bruder

Georg Birnast

im blühenden Alter von 22 Jahren.

Im tiefsten Schmerz zeigen dies an

Die trauernden Eltern und Schwester.

Beerdigung: Donnerstag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle St. Nikolai, Cosel.

Tüchtige, fachkundige Aushilfs-Verkäufer und -Verkäuferinnen

für die Zeit vom 28. Januar bis einschließlich 8. Februar für folgende Abteilungen gesucht.

1. Tischzeuge.
2. Bettwaren.
3. Leinenwaren.
4. Manufakturwaren.
5. Gardinen und Teppiche.
6. Steppdecken und Schlafdecken.
7. Trikotagen und Strumpfwaren.
8. Herrenwäsche.

Nur schriftliche Angebote unter Angabe der Abteilung, für welche die Bewerbung erfolgt, mit Referenzen und Gehaltsansprüchen an

Leinenhaus Bielschowsky

Nikolaistraße 74-76.